

Versprechungen und Realität

Vergleichen und dann entscheiden



Thema	SPD-Bundestagswahlprogramm 2013	Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD	Wahlprogramm DIE LINKE
Mindestlohn	<i>Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro einführen – einheitlich in Ost und West, der auf Vorschlag einer vom BMAS eingesetzten Mindestlohnkommission jährlich angepasst wird.</i>	<i>Verbindlicher flächendeckender Mindestlohn ab 2015 mit Übergangszeiten bis 2017</i>	DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde.
Rente mit 67	<i>Abschlagsfreier Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren</i>	<i>Abschlagsfreier Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren</i>	Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto – darunter droht die Armut. Rücknahme der Rente erst ab 67 Jahren.
Gleichgeschlechtliche Partnerschaft	<i>Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen und diese damit auch im Adoptionsrecht und im Steuerrecht gleichstellen.</i>	<i>Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sollen Respekt und Anerkennung erfahren.</i>	Für DIE LINKE ist die Anerkennung der Vielfalt aller diskriminierungsfreien Familienformen und Lebensweisen leitendes Prinzip: Einelternfamilien, Singles, zusammenlebende Freunde, Verwandte, Patchwork-Familien, Wahlverwandtschaften oder auch Paare, die sich gegen Ehe und Lebenspartnerschaft entschieden haben.
Energiekosten	<i>Die Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden.</i>	<i>Um Menschen mit geringeren Einkommen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir die Leistungshöhe und Miethöchstbeträge an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung anpassen</i>	Daneben soll soziale Wohnraumförderung sichern, dass in Wohnungsbeständen Barrieren abgebaut und Energieeinsparmaßnahmen durchgeführt werden können, ohne die Miete zu erhöhen.
Fracking	<i>Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden.</i>	<i>Nach den vorliegenden Untersuchungen zur Umweltrelevanz ist der Einsatz der Fracking-Technologie bei der unkonventionellen Erdgasgewinnung – insbesondere bei der Schiefergasförderung – eine Technologie mit erheblichem Risikopotential.</i>	Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl die unterirdische Verpressung von CO ₂ (CCS) als auch die Erdgasförderung mittels Verpressung giftiger Chemikalien in den Untergrund (Fracking) verboten wird.
Energie	<i>Wir setzen aber ebenso (noch) auf konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie, solange wir sie brauchen.</i>	<i>Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar.</i>	Die Energiewende in Deutschland kann in eine Zukunft ohne Atomkraft, Kohle und Öl führen, hin zu einer vollständigen Versorgung mit Strom, Wärme und Mobilität aus regenerativen Quellen. Wir wollen den Ausstieg aus der Kohlestromversorgung.
Kommunen	<i>Wir streben deshalb einen Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland an. Teil des Paktes ist daneben die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer.</i>	<i>Die Gewerbesteuer ist eine wichtige steuerliche Einnahmequelle der Kommunen. Wir wollen, dass auf der Basis des geltenden Rechts für die kommenden Jahre Planungssicherheit besteht.</i>	DIE LINKE will die bisherige Gewerbesteuer auf eine breitere Basis stellen und in eine Gemeindeförderungsteuer umwandeln. Dabei wird die Bemessungsgrundlage ausgeweitet (Einbeziehung von Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren) und der Kreis der Steuerzahlenden vergrößert (Einbeziehung der Selbstständigen und Freiberuflerinnen und Freiberufler).

Thema	SPD-Bundestagswahlprogramm 2013	Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD	Wahlprogramm DIE LINKE
Mieten	<i>Deshalb soll eine Obergrenze für Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen von maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete eingeführt werden.</i>	<i>Die geltende Regelung zur Begrenzung von Erhöhungen der Bestandsmieten auf 15 Prozent bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete (sog. „Kappungsgrenze“) in von den Ländern ausgewiesenen Gebieten wird von drei auf vier Jahre ausgeweitet</i>	Für bezahlbare Mieten und sozialen Wohnungsbau: Spekulation mit Wohnraum stoppen
Atom	<i>Wir sorgen dafür, dass die Kosten für den Atommüll und den Abriss von Atomkraftwerken auf jeden Fall durch die Verursacher getragen werden.</i>	<i>Deswegen werden die Errichtung des Endlagers Konrad vorgetrieben</i>	Die beschleunigte Rückholung des Atommülls aus der Asse muss als verbindliches Ziel festgeschrieben, das geplante Endlager Schacht Konrad und der Endlagerstandort Gorleben endgültig aufgegeben werden.
Überwachung	<i>Die für die digitale Welt vorhandene Sicherheitsarchitektur muss stetig auf ihre Effektivität und Effizienz, aber auch Verhältnismäßigkeit überprüft und gegebenenfalls an die Erfordernisse eines wachsenden Kriminalitätsfeldes angepasst werden</i>	<i>An Kriminalitätsschwerpunkten im Aufgabenbereich der Bundespolizei setzen wir mit zusätzlichen Mitteln mehr Videotechnik ein.</i>	Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Online-Durchsuchungen, nichtindividualisierte Funkzellenabfrage, Video-, Späh-, Lauschangriffe und Rasterfahndung.
Freihandelsabkommen USA-EU	<i>Die Bemühungen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen finden unsere ausdrückliche Unterstützung.</i>	<i>Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ist eines der zentralen Projekte zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen.</i>	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder gefährden, müssen beendet werden. Dasselbe gilt für Freihandelsabkommen.
Frieden	<i>Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik – dem Frieden verpflichtet, auf Kooperation gerichtet.</i>	<i>Transatlantische Partnerschaft und NATO stärken Wir streben einen immer engeren Verbund der europäischen Streitkräfte an, der sich zu einer parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee weiterentwickeln kann.</i>	DIE LINKE ist die Friedenspartei. Wir haben als einzige Fraktion und Partei im Bundestag den Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt und werden es auch in Zukunft nicht tun.
Militärische Drohnen	<i>Eine überstürzte Entscheidung zur Beschaffung von Kampfdrohnen lehnen wir ab.</i>	<i>Die Koalition wird eine europäische Entwicklung für unbemannte Luftfahrzeuge voranbringen.</i>	Bundeswehr oder die Polizeien des Bundes und der Länder dürfen keine Kampf und Überwachungsdrohnen anschaffen oder sich am Betrieb solcher Systeme bspw. im Ausland beteiligen.
Privatisierung	<i>Wir wollen, dass die öffentliche Hand ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält, damit kein Zwang zur Privatisierung und Auslagerung an private Anbieter entsteht.</i>	<i>Wir wollen die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Geldgebern in sogenannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) oder Infrastrukturgesellschaften als zusätzliche Beschaffungsvariante nutzen, wenn dadurch Kosten gespart und Projekte wirtschaftlicher umgesetzt werden können.</i>	Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird wie Public-Private-Partnership-Projekte.
Doppelte Staatsbürgerschaft	<i>Deshalb wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren</i>	<i>Kinder von ausländischen Eltern, die hier geboren sind, können die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten</i>	DIE LINKE fordert: Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablehnen zu müssen.
Gentechnik	<i>Wir lehnen – wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung – den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, denn die Grüne Gentechnik darf den Menschen nicht aufgezungen werden.</i>	<i>Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an.</i>	Agro-Gentechnik, Biopatente und Biopiraterie wollen wir verbieten. Wir halten an der Nulltoleranz bei Saatgut und Lebensmitteln fest und unterstützen die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft.

Insbesondere liebe SPD-Mitglieder und SPD-WählerInnen: Ihr habt immer noch die Wahl. Wir stehen für Euch bereit.